

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 14

Artikel: Dollar-Imperialismus oder Welt-Gemeinwirtschaft
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dollar-Imperialismus oder Welt-Gemeinwirtschaft

Es ist das Schicksal fast aller neuen Ideen und Wahrheiten, zuerst verhöhnt, dann wild bekämpft, schließlich, wenn sie sich nicht mehr unterdrücken lassen, von den ehemaligen Gegnern adoptiert, womöglich als *ihr* geistiges Eigentum reklamiert und ihren egoistischen Interessen angepaßt, meist also im Grundwesen verfälscht, ausgebeutet zu werden. Die Erkenntnisse sozialistischer Forschung haben davon keine Ausnahme gemacht. Im Gegenteil! Da sie meist an Herz und Nieren einer privilegierten Klasse gehen, ihr «Heiligstes», den Geldbeutel, bedrohen, zeichnen sich alle Phasen von der überlegenen Verspottung bis zur Adoptierung und mißbräuchlichen Ausnutzung nur durch ihre besondere Intensität aus. Die Beispiele dafür sind Legion. Ein ausgezeichnetes der jüngsten Zeit bietet das Schicksal der

Kaufkrafttheorie.

Während noch die «wissenschaftlichen» Klopffechter des Kapitals – nomina sunt odiosa, aber allbekannt – dabei sind, alle Kübel ihres Hasses und demagogischer Scheingelehrsamkeit über sie auszuschütten, haben die Herren, denen sie dienen, schon längst ihre Wahrheit erkannt und sind bereits bei der Phase angelangt, sich ihrer Vorteile für ihre *Sonderziele* und Zwecke zu bedienen. Dafür legt Zeugnis ab ein Aufsatz des Präsidenten der Handelskamme der Vereinigten Staaten, Eric Johnston, den er unter dem Titel «*Amerikas Weltchance*» in «*Readers Digest*», der in vielen Millionen und verschiedenen Sprachen verbreiteten reaktionären amerikanischen Zeitschrift, veröffentlicht.

«Die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts kann und sollte die glänzendste Wirtschaftsperiode der menschlichen Geschichte werden – die Periode der Industrialisierung und Modernisierung der rückständigen Völker.»

Mit diesen Worten beginnt Mr. Johnston seine Ausführungen, um dann darzutun, daß gerade die industrialisierten Länder Amerikas beste Kunden gewesen sind. Beispiel: *Großbritannien*. Im Jahre 1929, dem letzten der «Prosperität» vor dem Krieg, beliefen sich Amerikas Exporte in dieses Land, das eine Bevölkerung von 47 Millionen Seelen hat, auf 841 Millionen Dollar. Im gleichen Jahre betrug die amerikanische Ausfuhr nach China mit seinen 450 Millionen Einwohnern nur 124 Millionen Dollar.

«Hauptgrund: Großbritannien ist industrialisiert und hat ein relativ hohes Einkommen pro Kopf der Bevölkerung. China ist nicht industrialisiert und hat ein erbärmlich niedriges Einkommen pro Person.»

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aber, das heißt über eine Milliarde Menschen, leben in ähnlich erbarmungswürdigem Zustand. Bringt sie, das ist sinngemäß die richtige Schlußfolgerung des Präsidenten der amerikanischen Handelskammer, wirtschaftlich ungefähr auf die Höhe der britischen Bevölkerung im Prosperitätsjahr 1929 – was natürlich nicht

von heute auf morgen, aber in den nächsten Generationen erreicht werden kann —, und ihr schafft

ungeahnte Möglichkeiten für die Expansion des Welthandels.

Mr. Johnston gibt dann einige Beispiele für diese unmittelbar einleuchtende Schlußfolgerung. Wenn etwa der Baumwollverbrauch in aller Welt auf den in den Vereinigten Staaten normalen gehoben würde, müßte die Weltproduktion an Baumwolle *verdreifacht* werden. (Man brauchte also den Überschuß der Produktion von heute oder gestern, fügen wir hinzu, nicht mehr zu verbrennen, nicht mehr unterzupflügen und die Beschränkung der Anbauflächen nicht mehr zu prämiieren.) Für die Versorgung mit *Telephonen* entsprechend dem amerikanischen Standard wären die Ziffern 27 Millionen (USA) gegen 350 Millionen (Welt); für Radioapparate 57 Millionen (USA) gegen 600 Millionen (Welt). Nun sind die meisten wirtschaftlich rückständigen Länder und Völker, die man gegen ihren Willen in den für ihr Wohlergehen fast immer verhängnisvollen Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft gezwungen hatte, heute von der Notwendigkeit der Industrialisierung als einem möglichen Mittel ihrer *Befreiung* überzeugt. An ihrer Fähigkeit, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, kann heute nicht mehr gezweifelt werden. Mr. Johnston zitiert, ins Einzelne gehend, das Beispiel einer *indischen Flugzeugfabrik*, der Hindustan Aircraft, die, ganz überwiegend von Indern belebt und auch technisch geleitet, an Leistung pro Kopf mit *amerikanischen Rekorden* erfolgreich konkurrieren konnte. Den meisten rückständigen Völkern fehlt es weder an der körperlichen noch an der geistigen Fähigkeit, höher qualifizierte und besser bezahlte Arbeit zu leisten. Was ihnen vor allem fehlt, ist: *Kapital*. Und gerade da setzt Amerikas große Chance ein, denn es besitzt genügend *überschüssiges Kapital*, um die Bedürfnisse der rückständigen Länder nach diesem Hilfsmittel zu befriedigen. Aber der Präsident der amerikanischen Handelskammer ist klug genug, um einzusehen, daß man an die Stelle der alten Methode «kapitalistischer Durchdringung» neue setzen muß. Der betreffende Passus seiner Darlegung ist interessant und wichtig genug, um wörtlich übersetzt zu werden.

«Ich spreche nicht von *Schenkungen*», führt Mr. Johnston aus. «Ich rede auch nicht von *Anleihen*. Bei Anleihen wird das Geld vom ausländischen Entleiher ausgegeben, während der amerikanische Verleiher wenig oder gar keine Kontrolle darüber hat. Ich spreche von dem, was man *direkte Investierung* nennt. Ich spreche von amerikanischem Geld, das in ein fremdes Land fließt und dort eine Fabrik baut, die substantiell unter amerikanischer Direktion bleibt und den amerikanischen Kenntnissen und Erfahrungen technischer und betriebswirtschaftlicher Natur verwaltet wird. So ist's besser für ein rückständiges Land, weil es auf die Art die Vorteile nicht nur des amerikanischen Kapitals, sondern auch des amerikanischen Wissens, wie man's macht, genießt.»

Wieder gibt Mr. Johnston Beispiele für die Höhe des überschüssigen Kapitals, das so Anlagemöglichkeiten finden könnte. Greifen wir nur das der Projekte der chinesischen Regierung heraus. Ihre Durchführung würde

nach den Kalkulationen der Regierung selbst die
profitable Investierung

von 4 000 000 000 (vier Milliarden) Dollar für jedes der zehn auf den Krieg folgenden Jahre rechtfertigen.

«Die Summe scheint ungeheuer groß», fügt Mr. Johnston hinzu, «man müßte sie aber noch um ein Vielfaches multiplizieren, um die Chinesen mit der gleichen industriellen Ausrüstung zu versehen, die wir Amerikaner besitzen.»

Wäre China 1929 derart industrialisiert gewesen, so hätte Amerika statt 124 Millionen Dollar Wert vielleicht Waren im Werte von 8 Milliarden dorthin exportieren können. Und dann kommt Mr. Johnson nochmals ausdrücklich auf die Notwendigkeit zurück, punkto Kapitalinvestierung (ob es sich nun um Anlagen von Überschußkapital seitens Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Schwedens oder – bescheiden – letzter – der Vereinigten Staaten handle)

neue Wege

zu gehen, da die Methode des «Wirtschaftsimperialismus», der darauf hinauslaufe, alle Dividenden aus den unentwickelten «herauszusaugen», entweder «am Sterben oder schon tot» sei.

«Die industriell rückständigen Länder», sagt Mr. Johnston, «empfinden das bitter und werden es nicht mehr dulden. Was sie jetzt wollen – und was man ihnen geben sollte –, ist Beteiligung ihres einheimischen Kapitals zusammen mit ausländischem an den Risiken und den *Profiten* der neuen Unternehmungen auf ihrem Boden.»

Vorbei sei's, meint der Präsident der Handelskammer der Vereinigten Staaten, mit der reinen «Ausbeutung» (Anführungszeichen im Original!) der rückständigen Länder.

«Wir kommen jetzt in das Zeitalter der *Zusammenarbeit* zwischen fortgeschrittenen und unentwickelten Ländern zu *beiderseitigem Nutzen* (*Profit*).» Amerika dürfe stolz sein, meint Mr. Johnston, daß es dieses Prinzip bereits in großem Maßstab zur Durchführung gebracht habe, und er gibt Länder Lateinamerikas an, wo amerikanische Firmen Zweigniederlassungen errichtet haben, deren Aktien zu einem Teil, manchmal sogar in Mehrheit, sich in den Händen von einheimischen Kapitalisten befinden, wenn auch die *Leitung* wohl in allen angeführten Fällen in *amerikanischer Hand* bleibt. Immerhin: «Die Dividenden gehen daher an Bürger beider Länder.» Aber das ist keineswegs das Wichtigste, betont Mr. Johnston.

«Die 3800 Arbeiter und Angestellten (sc. einer amerikanischen Glasfirma in Argentinien) erhalten dank der nordamerikanischen Ausrüstung und Leitung um *60 Prozent höhere Löhne, als sie je vorher verdient hatten*. Und weiter? Nun, sie können mehr argentinische Waren, sie können aber auch mehr importierte Waren kaufen.»

Für die Begriffstutzigen erläutert Mr. Johnston noch einmal den
Gang des Geschäftes.

Zwei Ströme erweitern durch die Anlage des Überschußkapitals im zurückgebliebenen Ausland Amerikas Export. Zuerst können sogenannte

Produktionsgüter (Maschinen und sonstige Ausrüstungsgegenstände) ausgeführt werden, und zwar auf Jahrzehnte hinaus. Dann kriegen die Arbeiter höhere Löhne und können mehr sogenannte Konsumgüter kaufen, als da sind (nach Mr. Johnstons Aufzählung) Kleider, Möbel, Küchengeräte, Automobile, Radios und alle «Raffinessen» des modernen Lebensstils. Und das Schöne daran ist, daß der zweite Strom schon ungefähr gleichzeitig mit dem ersten zu fließen beginnt.

Bleibt noch der Import

nach den Vereinigten Staaten. Halten wir uns wieder an die Vorlesung Mr. Johnstons, die durchaus klar und verständlich ist. Das Ausland kann keine amerikanischen Exporte kaufen, ohne mit Dollars zu bezahlen; die aber bekommt es nicht, «wenn wir dem Ausland nicht Dollars für Importe bezahlen». Denen, welche die Konkurrenz der «billigen ausländischen Arbeit», das sogenannte Dumping, befürchten, erläutert Mr. Johnston, daß durch die Industrialisierung die Löhne Erhöhung erfahren, bis schließlich das Niveau des amerikanischen Lebensstandards auch in den rückständigen Ländern erreicht sei. «So werden wir Schritt um Schritt von unserer Furcht vor Importen befreit werden.» Zum zweiten aber braucht Amerika Rohstoffe von auswärts.

«In jedem amerikanischen Telephon sind 18 Rohstoffe aus fremden Ländern verarbeitet. In jedem amerikanischen Automobil 300 Rohstoffe aus 56 fremden Ländern.»

Dazu kommt, daß auch die *einheimischen Rohstoffvorkommen rasch abnehmen*. Immer größere Quantitäten an Kupfer, Blei, Zink, Petrol und andern Rohstoffen müssen eingeführt werden. Mr. Johnston will durchaus keine «idealistischen» Gesichtspunkte zur Unterstützung seiner Thesen geltend machen. Er appelliert an das — sagen wir wohlverstandene — Interesse seiner Landsleute. Dadurch, daß Millionen von Menschen auf einen höheren Lebensstandard gebracht werden, haben die USA nicht nur Vorteile in bezug auf Profite, Arbeitsplätze und Löhne, es wird so auch die internationale Verständigung und Zusammenarbeit gefördert.

«Die Amerikaner werden ein echteres und realistischeres Interesse an internationalen Angelegenheiten gewinnen, wenn sie mehr internationale Interessen haben.»

Jedoch, es droht dieser verheißungsvollen Aussicht

eine große Gefahr,

und um sie zu schildern, werden wir uns am besten an die Worte des Präsidenten der Handelskammer der Vereinigten Staaten halten.

«Aber der Weg in die Zukunft ist keine glatte Heerstraße. Er ist mit Minen und Fallen gespickt. Ich denke da an die Neigung vieler zeitgenössischer Regierungen, unsere eigene eingeschlossen, sich unnötiger- und in übertriebener Weise in die internationalen Kapitalinvestitionen und den Austausch von Gütern hineinzudrängen. Wenn dieser Neigung nicht ein Damm gesetzt wird, muß sich jede Regierung in einen erbitterten Wirtschaftskonkurrenten jeder anderen Regierung gegenüber verwandeln. Es würden so alle privaten Handelsstreitigkeiten der Welt in Streitigkeiten zwischen Nationen ausarten. Nicht mehr um ein Messen zwi-

schen Geisteskräften, sondern um *Machtkampf* würde es sich dann handeln. Ein privates Risiko ist eine persönliche Angelegenheit, das Risiko einer Regierung aber zieht ein ganzes Volk und seine nationale Ehre hinein.

Hinter jedem Diplomaten steht der Soldat, der Matrose, die Flagge. Verhandlungen zwischen Regierungen sind Verhandlungen zwischen rivalisierenden Fronten nationalen Stolzes, Prestiges und nationaler Macht. Die Welt hat genug unter *Machtpolitik* gelitten. Höchst unwahrscheinlich, daß sie die *Machtwirtschaft* überleben könnte. Dieser Weg ist der Weg zu endlosen Kriegen.»

Und dann folgt die poetische Schilderung der *glorreichen Zukunft*, wenn wir uns nur entschließen, der «freien Wirtschaft» die Bahn freizugeben, eine Schilderung, so schön und fast bis zu Tränen rührend, daß wir sie den Lesern nicht vorenthalten möchten.

«Laßt uns», schreibt Mr. Johnston, «alle ‚wirtschaftlichen Einflußsphären‘ vollkommen abschaffen. Amerikanisches Kapital sollte in Burma willkommen sein, wenn auch über Burma der Union Jack (britische Flagge) flattert. Britisches Kapital sollte in allen amerikanischen Republiken willkommen sein, wenn auch über ihnen die Monroe-Doktrin schwebt. Laßt uns beim Aufbau einer Welt menschlichen Glücks nicht als Staatsangehörige dieses oder jenes Landes, sondern als Menschenwesen wirken. Friede kann nur kommen, wenn die Völker den Weg zu Arbeit und Wohlstand gemeinsam beschreiten.

Die Zukunft gehört uns. Wir können ihr Reich betreten mit rückwärts gewandtem Blick, widerwillig, stolpernd und den Rücken ihm zugekehrt. Oder wir können es die Brust ihm zugewandt und die Blicke auf den goldenen Sonnenaufgang eines neuen Tages gerichtet betreten. Ich behaupte, daß der klügste, männlichste und nutzbringendste Weg ist: Brust heraus und Blicke vorwärts gerichtet.»

*

Recht deutlich tritt aus diesem blütenweißen Gewand der Menschheitsbeglückung

der nicht sehr saubere Pferdefuß

hervor. Es hieße Wasser in den Rhein tragen, die ganze Schiefheit gerade der Schlußapotheose für die unbehinderte «freie Wirtschaft», besonders in Sachen Kapitalausfuhr, darzulegen. Als ob wir nicht wüßten, daß unter dem kapitalistischen System von eh' und je «die Flagge der Ware» folgte, das heißt der ganze Staatsapparat, vom «sanften diplomatischen Druck» bis zur Drohung mit der Militärmacht und «notfalls» derem Einsatz, in Bewegung gesetzt wurde, um die Interessen der privaten Profitmacher zu schützen, die im Handumdrehen natürlich zu «nationalen Interessen» erklärt wurden. (Da die Geschäfte mit dem Geld der «anderen», der «gewöhnlichen» Staatsbürger gemacht werden, sind sie's ja auch in gewisser Weise!) Hatten sich die Finanzfürsten verspekuliert oder trafen sie auf «ihrem» Markt auf unliebsame Rivalen, so hatte der Staat einzuspringen und das Volk mit Gut und nur zu oft auch mit Blut die Kosten zu tragen. Es springt in die Augen, daß kaum etwas dringender ist, als daß die

Gemeinschaft, um deren Ersparnisse nicht nur, sondern um deren Wohl und Wehe es in letzter Instanz geht, die

Kontrolle über die Kapitalausfuhr und die Anlage

haben muß. Gilt sonst das Wort: «wer bezahlt, befiehlt», warum sollte es in dem Fall nicht gelten?! Klar ist auch, daß ein Staats- oder Gemeinwesen, dessen Ziel nicht Unterstützung des Privatprofits, sondern Sicherung und Hebung des Gemeinwohls ist, genau im Gegensatz zu den Behauptungen des zitierten Artikels, geradezu *zwangsläufig* auf die Zusammenarbeit mit anderen Völkern in dem Sinne angewiesen ist, wie Mr. Johnston es so schön schildert. Denn das ist ja wohl das weitaus Wichtigste und bemerkenswerteste an seinen Ausführungen, daß er die Hebung der Kaufkraft als *Vorbedingung für die fortlaufende Expansion der Wirtschaft* anerkennt. Nur mit dem Unterschied von der sozialistischen These und Erkenntnis, daß er dieses Prinzip weiter in den *Dienst des Privatprofits* stellen will, was nach einer gewissen Zeitspanne in den gleichen Engpaß führen muß, in dem die kapitalistische Wirtschaft immer wieder gelandet ist. Es ist ja auch charakteristisch, daß das «einheimische» *Kapital* (das seinerseits den betreffenden Staat beherrschen würde) dazu ausersehen ist, das schöne Geschäft der Brüderlichkeit mit dem ausländischen, Anlage suchenden «Überschußkapital» zu machen. Warum? Auf diese Weise, die der Profitbeteiligung, soll das verhindert werden, was heute dem fremden, ausländischen Kapital sehr unangenehm in die Nase steigt: die wachsende Tendenz in den sogenannten rückständigen Ländern, die eigenen Produktionsmöglichkeiten, Bodenschätze und andere natürliche und andere Hilfsquellen des Wohlstandes irgendwie zu «nationalisieren», das heißt in eigene Regie und Ausbeutung zu nehmen; wohlgernekt nicht immer – Argentinien ein Beispiel – zugunsten des Gemeinwohls (was die goldene Internationale natürlich am empfindlichsten trifft), sondern des «nationalen» Kapitals allein. Was Mr. Johnston vorschlägt, ist schon «Zusammenarbeit», aber Zusammenarbeit, *engere* Zusammenarbeit als bisher, unter *Kapitalisten*, eine Stärkung also der goldenen Internationale. Es mag sich daraus eine Art von *Planwirtschaft*, aber eine auf *privatkapitalistischer Grundlage*, entwickeln, jenes «Weltkartell», dessen Möglichkeit der von den Nazi umgebrachte Sozialist Rudolf Hilferding in seinem «Finanzkapital» schon vor vielen Jahrzehnten vorausgeschaut und erörtert hat. Sehr begreiflich ist auch, daß gerade der Präsident der Handelskammer der Vereinigten Staaten sich so warm für die unbehinderte «Freizügigkeit» des Finanzkapitals einsetzt. So wie England im 19. Jahrhundert das Prinzip des Freihandels propagierte, weil dieser ihm dank der industriellen, finanziellen und verkehrswirtschaftlichen Überlegenheit Großbritanniens die unbestrittene dominierende Stellung auf dem Weltmarkt und damit auch die politische Weltherrschaft sicherte, so vertritt Nordamerika heute das gleiche Prinzip für das «Überschuß»- und Anlagekapital, weil es in diesem Wirtschaftszweig wie in der industriellen Leistungsfähigkeit allen andern Staaten überlegen ist. Mit Hilfe des aufs feinste ausgebauten und hervorragend eingespielten Weltfinanzierungs- und Welthandelsapparates der englischen Vettern, der

Cityleute, die sicher als «Juniorpartner» in die «Firma» einbezogen würden, ergäbe sich die unbestrittene

Weltherrschaft des angelsächsischen Privatkapitals

und in der Folge vielleicht für eine gewisse Zeit eine Art von «pax anglo-saxonica». Es ist aber klar, daß diese weltbeherrschende Macht, um ihre Fortexistenz zu sichern, nach Möglichkeit alle Bestrebungen nach einer sozialen Gemeinwirtschaft und zur Herbeiführung einer *wirtschaftlichen Demokratie* unterdrücken muß und auch bei Gewährung höherer Löhne im Sinne der von ihr als richtig anerkannten Kaufkrafttheorie die Menschheit, den «gemeinen Mann», im Zustand einer *Unfreiheit* halten müßte, die seine Menschenwürde selbst bei materieller Besserstellung weiter in den Staub treten würde. Besteht nun gar eine Großmacht, die grundsätzlich einen entgegengesetzten Wirtschaftskurs verfolgt, wie das die Sowjetunion bei aller Unzulänglichkeit auf politischem Gebiet tut, wirkt sie, wie das gleichermaßen der Fall ist, als anfeuerndes Beispiel für *wirtschaftliche Demokratie*, also im Sinne des Sozialismus, so ist der «ideologische» Zusammenprall, der sich in einem Macht- und Gewaltkampf Ausdruck verschaffen wird, mit Sicherheit vorauszusehen; von der vorerwähnten Grenze der Expansionsmöglichkeit jeder privatkapitalistischen Wirtschaft ganz abgesehen. So entpuppt sich die von Mr. Johnston, dessen Meinung kraft seiner Stellung bedeutendes Gewicht zukommt, vorgeschlagene Methode als

ein höchst gefährlicher Weg,

man kann geradezu sagen als der Weg zum Untergang der Menschheit. Das zu erkennen und festzustellen, ist notwendig. Aber es gibt auch eine *positive Seite*, die man nicht stark genug hervorheben kann. Und das ist die Tatsache, daß auch von dieser Seite die Kaufkrafttheorie, eine sozialistische These, als solche in ihrer ganzen Tragweite anerkannt wird. An uns, dem «gemeinen Volk» in allen Ländern, ist es, daraus die *richtigen Konsequenzen* zu ziehen, ihre *planwirtschaftliche* Ausgestaltung und Durchführung auf *demokratischer Basis*, national wie international, durchzusetzen, damit die Menschheit in Wahrheit in das Reich der Zukunft gelangt, das Mr. Johnston so schön schildert... um es als Köder und zur «Vorspiegelung falscher Tatsachen» zu benutzen!

Sozialismus und Demokratie

Von Hugo Kramer

Der unausweichliche Sozialismus

Wir gehen einem sozialistischen Zeitalter entgegen. «Was immer das Schicksal bestimmter sozialistischer *Gruppen* sein mag – daran kann kein Zweifel sein, daß die gegenwärtige Katastrophe einen weiteren großen Schritt zur sozialistischen Ordnung hin bedeuten wird, und zwar unausweichlich, überall und unabhängig vom Ausgang des Krieges. Ein Hin-